

V0825/22

Aufnahme einer Ortsumgehung Irgertsheim in den neuen Ausbauplan für die Staatsstraßen in Bayern

(Referentin: Frau Wittmann-Brand)

Stadtrat vom 25.10.2022

Frau Wittmann-Brand erläutert die weitere Vorgehensweise. Es handle sich um den Ausbauplan für Staatsstraßen, welcher im Wesentlichen keine Gesetzeskraft habe, sondern Rahmenplan der Staatsregierung und Arbeitsauftrag der Staatsbauverwaltung sei. Weiter führt sie auf, dass die Ortsumgehung Irgertsheim bisher nicht enthalten sei, aber bereits 2020 Gegenstand einer Bürgerversammlung und auch eines Stadtratsantrags gewesen sei. Von Seiten des staatlichen Bauamtes seien zwei Varianten einer Linienführung skizziert worden. Wenn hierzu positives Interesse bekundet würde, könne im nächsten Schritt das Kosten-Nutzen-Verhältnis als Nachweis der Wirtschaftlichkeit der Trassen beurteilt werden. Danach würde die Projektbedeutung und Realisierungschance nach Anmeldung des Staatsstraßenbauplans bewertet werden. Ebenfalls sei kein Stichtag mehr einzuhalten; die Neubauprojekte könne man immer anmelden. Wenn die Ergebnisse vorliegen, könne ein Stadtratsbeschluss erfolgen und folglich die Erarbeitung der Vorentwurfsplanung. Diese sei jederzeit wiedereinstellbar, da keine ungewünschte Personalbindung für Projekte erfolgen solle.

Stadtrat Wöhrl führt auf, dass viele Stadträte in Irgertsheim anwesend waren, als das Thema vorgestellt worden sei bzw. als es die Überlegung gegeben habe, die B16A dreispurig auszubauen. Ungünstig sei dabei, dass dieser Ausbau vor Irgertsheim ende. Der Verkehr werde immer mehr und jetzt hätte man die Möglichkeit, einen weiteren Ausbau über die Umgehung zumindest anzumelden. Stadtrat Wöhrl befürwortet die untere Variante, die das Naturschutzgebiet streift. Die obere Variante sei für ihn eine sog. Alibi-Variante.

Stadtrat Achhammer vertritt den Standpunkt, dass der Antrag gestellt gehöre, um prinzipiell die Möglichkeit zur Umsetzung zu erlangen, da dies im Auftrag der Bürger erfolge. Diese hätten in der Bürgerversammlung 2020 das Thema angesprochen gehabt, woraufhin Stadtrat Achhammer einen Stadtratsantrag gestellt habe. Im Zusammenhang mit dem Ausbau der Staatsstraße 2214 sei dieser Antrag dann mitbehandelt worden. Er betont, dass er sich die nördliche Umgehung im Gegensatz zur südlichen Umgehung nicht vorstellen könne und einen weiteren Vorschlag habe. Er regt an, dass man bei der Kostenbetrachtung auch die Möglichkeit einer Unterführung in Betracht ziehen könne, da diese das Verkehrsaufkommen und den Lärm u. a. in Pettenhofen reduzieren könne.

Stadtrat Semle betont, dass die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen das Thema diskutiert habe und den Antrag, die Planungen aufzunehmen als nicht zeitgemäß erachte. Sie seien bereit, Verbesserungen bezüglich der Verkehrslage mitzutragen, allerdings bei einer Verbesserung an bestehenden Straßen und nicht an vom Staatsplan favorisierten Neubauten. Der Verkehr müsse von der Straße auf andere Verkehrsträger verlagert werden und dies könne mit neuem Straßenbau mit dem daraus resultierenden KFZ-Massenverkehr nicht passieren.

Stadträtin Mayr erinnert daran, dass noch eine vierte Donau-Querung als Trasse im Gespräch sei und dringend eine Trasse für Züge benötigt werde. Dagegen spricht, dass eine Trasse, welche im Westen vorhanden sei, für die Züge vorzuhalten wäre.

Ortssprecher Kerschenlohr hebt hervor, dass er mithilfe eines Kollegen einen 60seitigen Forderungskatalog aufgestellt hätten, welcher allen Fraktionsmitgliedern und Bürgermeistern übergeben wurde. Seiner Meinung nach sei auch der Bahnhalt an der Saturn Arena oder im weiteren Stadtgebiet angesprochen, wobei es um 100 Mio. Euro ginge. Ebenfalls befürwortet er die Stellung der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, da er die Knotenpunkte an der Gabel entschärft sehen wolle. Es seien gigantische Bauten, welche seiner Meinung nach an einer Staats- oder Bundesstraße nichts zu suchen hätten. Ortssprecher Kerschenlohr führt auf, dass es um zwei Kreisverkehre in Friedrichshofen und Irgertsheim ginge und die Zeitersparnis beim Straßenausbau minimal sei. Er habe die Strecke von beiden Kreiseln zum jeweilig anderen getestet mit Tempo 70 und Tempo 100 und habe eine Minute Unterschied verzeichnet für 100 Mio. €, welche er deshalb bei dem Bahnhalt in Ingolstadt besser angelegt sehe als an der Staatsstraße. Er bittet um die Zustimmung der Stadträte, da andere Probleme wie beispielsweise Kinder, welche mit dem Fahrrad in das Gaimersheimer Gymnasium fahren, bei einem vierspurigen Ausbau von Friedrichshofen zur Gabel keine Querungshilfe erhalten, vorhanden seien. Er betont, dass viele Radfahrer über die Straße fahren, obwohl diese mittels Leitplanke seit dem Ausbau der B 13 geschlossen sei. Das Überklettern sei lebensgefährlich und würde eine Öffnung dieser verlangen. An Frau Wittmann-Brand gerichtet bittet er, für die Radfahrer eine Untertunnelung in Betracht zu ziehen.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf führt an, dass heute kein Beschluss gefasst werde, sondern das staatliche Bauamt an den Stadtrat herangetreten sei und angeboten habe, im neuen Durchlauf für den Ausbauplan die Untersuchung dessen für die verkehrstechnische Sinnhaftigkeit in Prüfung zu geben. Er fasst zusammen, dass jetzt der Prüfauftrag erfolgen würde und es Sinn mache, diese Überprüfung durchführen zu lassen, da dann eine fachliche Aussage getroffen werde, wie die Lage verkehrsrechtlich sei. Eine Entscheidung erfolge noch nicht.

Stadtrat Lange betont mit Nachdruck, dass man schon lange über den Ausbau der Staatsstraße 2214 diskutiere und er der Meinung sei, dass mit dem Ausbau an Irgertsheim oder der Gabel begonnen werden solle. In den letzten Wochen sei eine Baustelle auf der B13 zwischen der Gabel bis zum Friedrichshofener Kreisel gewesen mit dem Resultat einer neu geteerten Straße mit gleichen Verkehrsaufkommen. Im Falle eines dreispurigen Ausbaus mit dazu geplanten Gebäuden sei eine Kreuzung der Straße nicht mehr vorgesehen. Zustimmend an Herrn Oberbürgermeister Dr. Scharpf gerichtet ist er der Meinung, dass eine Umgehung für Irgertsheim zu realisieren sei und zeitgleich das Straßenbauprojekt Sinn machen müsse mit einem Konzept zum vollständigen Gebiet. In diesem Zusammenhang müsse von Seiten des staatlichen Bauamtes ein Gesamtkonzept vorgelegt werden, welches auch die Gemeinde Gaimersheim beinhalte und die Fahrwege von Neuburg nach Ingolstadt und vom Friedrichshofener Kreisel zur Autobahn beinhalte. Die Ausschilderung der Ettinger Ost-Umgehung sei vom Stadtrat nicht unterstützt worden, mit dem Resultat, dass die Bevölkerung weiterhin die Friedrichshofener Straße zur Richard-Wagner-Straße nutze, um zur Autobahn zu gelangen. Er erkundigt sich, wie das Gesamtkonzept Neuburg A9 aussehe.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf bekräftigt, dass die Stadt Ingolstadt aus diesem Grund zusammen mit dem Landkreis Eichstätt und dem staatlichen Bauamt eine Verkehrsuntersuchung für den Ingolstädter Norden in Auftrag gegeben habe, welche sich momentan in den Endzügen befinde und im 1. Quartal 2023 Ergebnisse liefere. Ebenfalls sei Gaimersheim zu Recht über die Stadtgrenzen hinweg angesprochen, um die problematischen Knotenpunkte nachzujustieren. Er führt auf, dass zur Staatsstraße 2214 der Entwurf stark kritisiert worden sei und das staatliche Bauamt den Entwurf daraufhin zurückgezogen und eine neue Überlegung vorgestellt habe. Diese sei allerdings noch nicht offiziell in die Wege geleitet und dann auch nicht weiterverfolgt worden. An Frau Wittmann-Brand gerichtet fragt er, wie man mit dem staatlichen Bauamt verblieben sei und fordert sie

dazu auf, die Ergebnisse festzuhalten und dann dem Stadtrat vorzustellen, damit darüber diskutiert werde, ob man sich die neue Idee vorstellen könne.

Frau Wittmann-Brand erklärt, dass im Zuge der Konkretisierung der Ortsumgehung nicht nur die wirtschaftlichen und verkehrlichen Gesichtspunkte betroffen seien, sondern es auch Auswirkungen auf die Anwohner, Umwelt und den Raum gebe. Hierbei habe bei den Projekten die Themen Naturschutz, Flächeninanspruchnahme und Klimaschutz eine stärkere Gewichtung, als dies früher der Fall gewesen sei. Dem staatlichen Bauamt sei daher vor fachlicher Beurteilung eine Rückendeckung der Kommune mittels Interessensbekundung wichtig, da es über 600 Projekte im Staatsstraßenausbauplan gebe, mit welchen sich beschäftigt werde und keine Personalkapazität gebunden werden solle, wo kein Ausbau in geplanter Form gewünscht sei.

Stadtrat Wöhlrl wendet an Stadtrat Kerschenlohr gerichtet ein, dass Irgertsheim mitbedacht werden müsse. Wenn der andere Vorschlag komme, sei nicht gesagt, dass der Ausbau gewünscht und in der momentanen Entwurfsform vorgesehen sei. Falls der Ausbau allerdings kommen sollte, könne man Irgertsheim nicht unbedacht lassen.

Stadtrat Dr. Böhm teilt mit, dass er bei Planung vor Jahren vorgeschlagen habe, die Gabel als Umgehungsstraße für fließenden Verkehr um den Kreisel herum zu realisieren. Gleiches gelte für Gaimersheim. Zustimmend zu Stadtrat Achhammer führt er auf, dass er die Pläne noch nicht als fertig ausgereift erachte. Er fragt, ob man wisse, wie viel Verkehr über die Staustufe von Neuburg her komme bezüglich der Donaubrücke, welche sich momentan in Bau befinde. Seiner Meinung nach sei eine Tieferlegung sinnvoll, wobei hierbei mit Jahrhundertwasser zu rechnen sei und es einer genauen Prüfung bedarf.

Stadtrat Dr. Spaeth wendet ein, dass die Diskussion zwischen dem Plangefallen und der Ressourcenbindung des staatlichen Bauamtes nicht zielführend sei. Einerseits sei die Prüfung unverbindlich, andererseits solle kein Personal unnötig gebunden werden, was hohe Kosten verursachen würde. Er ist der Meinung, dass vor der Beauftragung eine Diskussion erfolgen müsse, ob an dieser Stelle eine Umgehung gewünscht sei. Zustimmend an die Aussage von Stadtrat Semle bräuchte man ein Konzept, wie der Verkehr vermieden werden könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass er die Irgertsheimer so verstanden habe, dass eine Untersuchung erfolgen solle.

Stadtrat Dr. Meyer wendet zu Stadtrat Kerschenlohrs Ausführungen ein, dass er die Auffassung zur Staatsstraße 2214 teile, allerdings den Antrag, bzw. die Interessensbekundung zur Aufnahme in den Ausbauplan als nötig erachte, um die Entwicklungen der Straßeninfrastruktur weiter zukunftsorientiert voranzubringen. Er sei der Meinung, dass man sich sonst in den eigenen Handlungsmöglichkeiten unabhängig einer bestimmten Variante beschränke. Sobald Vorschläge auf den Tisch lägen, solle man eine Entscheidung treffen und vorher keine späteren Möglichkeiten ausschließen. Damit bekunde er seine Zustimmung zur Aufnahme in den Fahrplan.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass man mit der Interessensbekundung nicht automatisch in den Fahrplan aufgenommen werde, sondern lediglich die weitere Prüfung erfolge, ob eine Aufnahme erfolge. Wenn dies der Fall wäre, könne man immer noch ablehnen.

Stadtrat Stachel fragt, ob es sinnvoll oder risikobehaftet sei, die Planung zum jetzigen Zeitpunkt mit vagen Vorstellungen zu beenden, denkbar sei beispielsweise auch eine Tunnel-Lösung. Er bittet darum, abzuwägen, ob man das Projekt von Anfang an ablehne, oder die nächsten Schritte gehe, auch wenn die gebotene Variante noch nicht gefalle. Auch wenn es von seiner Fraktion noch keine Zustimmung zum aktuellen Vorschlag gebe, wolle er persönlich zum jetzigen Zeitpunkt nicht komplett aus dem Projekt aussteigen.

Stadtrat Kerschenlohr schließt sich Stadtrat Stachel und Stadtrat Dr. Meyer an und bittet an Stadtrat Achhammer gerichtet um Lösungen und Überprüfung, welcher Nutzen herausgezogen werden könne.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf antwortet, dass er diese Frage an das staatliche Bauamt weitergeben werde.

Stadtrat Over betont, dass er der Interessensbekundung nicht zustimmen wolle, da er in der Zustimmung nur sehe, dass in Zukunft ein Flickwerk geprüft werde. Er ist der Meinung, man solle dem staatlichen Bauamt mitteilen, dass eine Gesamtlösung gewünscht sei.

Stadtrat Niedermeier plädiert dafür, dass in erster Linie an die Anwohner solcher Straßen oder Ortschaften gedacht werden müsse. In Friedrichshofen sei auf Grund der Teilspernung der Levelingstraße ein massiv gesteigertes Verkehrsaufkommen. Er wünsche sich, dass der Stadtrat sich diese Situation einmal ansehe. Berichten zufolge brauche ein Schulbus momentan von der Krumenauer Straße bis zum Klinikum 15-20 Minuten. Er halte es für fraglich, ob der Verkehr in diesem Bereich auf Schienen gebracht werden könne. In Friedrichshofen sei eine Umgehung im Norden vorhanden und keine neue Straße von Nöten. Ebenfalls sei ein vierspuriger Ausbau vom Friedrichshofener Kreisel zur nicht zielführend. Eine weitere Überlegung sei die Beschilderung der Autobahnausfahrt Friedrichshofen West. Zustimmend an Stadtrat Achhammers Ausführungen ist er der Meinung, dass die Option weiter bestehen solle, er allerdings eher für eine Tieferlegung wäre, auch wenn dies kein Tunnel sein müsse. Im Fokus müssten allerdings die Anwohner liegen.

Gegen 12 Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.